

Wahlprüfsteine fidel - Antworten der SPD

Die Lehrer/innen, die an Gesamtschulen Oberstufenunterricht erteilen, werden nicht einheitlich nach A 13Z bezahlt. Wie stehen Sie zu dem Problem, dass die so genannten Laufbahnwechsler/innen mit A 12 monatlich ca. 300 Euro weniger verdienen? Welche Maßnahmen wollen Sie zur Lösung ergreifen?

SPD

2002 wurden Lehrkräfte mit der Lehramtsbefähigung für die Sekundarstufen I und II bis zur Grenze von 44 % der Stellen in die Lehrerlaufbahn des höheren Dienstes (Studienrätin/Studienrat) übergeleitet.

Dass in der Gesamtschule nicht alle Stellen im höheren Dienst ausgewiesen wurden hatte damit zu tun, dass hier unterschiedliche Bildungsgänge ausgeprägter nebeneinander bestehen mit der Folge, dass die meisten Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule ihre Schullaufbahn mit einem mittleren Bildungsabschluss beenden. Dem mussten die rechtlichen und haushaltsmäßigen Ausgestaltungen Rechnung tragen.

Die CDU-Forderung vor der letzten Landtagswahl, alle Lehrkräfte an den Gesamtschulen nach A 13 höherer Dienst einzustellen und alle Lehrkräfte mit Doppelqualifikation nach A 13 höherer Dienst zu befördern, war für die CDU in dieser Legislaturperiode kein Thema mehr. Fazit für die jetzige Regierung: Versprochen gebrochen.

Ob und inwieweit eine rechtlich mögliche Option der Überleitung stattfinden kann, hängt auch von anderen Fragen ab, wie z.B. einer Neuausrichtung der Besoldung generell oder speziell mit Blick auf das LABG oder der Frage, inwieweit die Steuerpolitik des Bundes den Ländern überhaupt noch finanzielle Handlungsspielräume lässt. Dies kann erst zu gegebener Zeit beantwortet werden.

Lehrer/innen, die Korrekturfächer unterrichten, sind arbeitsmäßig in einem hohen Maße beansprucht. Wie stehen Sie zu dem Problem der ungleichen Arbeitsverteilung? Wie wollen Sie die Korrekturfachlehrer/innen entlasten?

SPD

Wir brauchen ein neues Lehrerarbeitszeitmodell. Es muss transparent sein, die Belastungen möglichst gerecht verteilen und es muss flexibel neuen bzw. sich verändernden schulischen Bedingungen und Anforderungen (wie z.B. der Abkehr vom starren 45 Minuten-Unterrichtsrhythmus oder dem Ausbau des Ganztagsbetriebes) gerecht werden können. Die Erfahrungen mit dem Mindener Modell sind dabei eine gute Grundlage. Klar ist aber, dass im Dialog mit den Betroffenen die Lehrerarbeitszeit so gestaltet werden muss, dass sie gerade wegen den Anforderungen und Bedingungen, denen sie entsprechen muss, von einem möglichst breiten Konsens getragen wird.

Durch welche Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass Lehrer/innen sich wieder auf das Kerngeschäft des Unterrichts konzentrieren können? Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, Verwaltungsfachkräfte und Netzwerkadministratoren zusätzlich zum schulischen Stellenkontingent einzustellen?

SPD

In dem Wahlprogramm der NRWSPD findet sich dazu folgende Aussage: „Das pädagogische Personal soll durch unterstützende Fachkräfte wie z.B. Verwaltungsfachleute und Sozialarbeiter entlastet werden.“

Viele Erziehungsaufgaben werden an die Schule delegiert. Die Lehrer/innen übernehmen die Arbeit der Eltern. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um sicherzustellen, dass die Eltern ihrer Erziehungspflicht nachkommen?

SPD

Es ist wichtig, die Eltern bei Erziehungsfragen mitzunehmen und sie stärker in den Schulalltag einzubinden. Dies bietet auch verstärkt Gelegenheit, mit den Eltern in einen Dialog über Erziehungsfragen einzutreten. Ein wichtiges Instrument hierbei ist die Stärkung der Elternmitwirkung. Daher sprechen wir uns dafür aus, die Drittelparität wieder einzuführen.

Die Kommunen können aus finanziellen Gründen die Schulen häufig nicht mehr angemessen ausstatten. Wie sehen Sie die Verantwortung des Landes, die Kommunen zu unterstützen, Gebäude und Hardware (Computer, OHP, Tafeln etc.) bereitzustellen?

SPD

Die kommunalen Finanzen müssen gestärkt werden. Die SPD wird verhindern, dass Städte und Gemeinden in ihrer Finanzausstattung weiter geschwächt werden. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass rasch eine Lösung für das Problem ihrer Altschulden gefunden wird. Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle für unsere Kommunen. Sie muss ohne Wenn und Aber erhalten bleiben und in der Basis verbreitert werden. Die SPD tritt für die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips ein. Die SPD wird einen „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ auflegen, der überschuldeten Gemeinden zugute kommt. Ziel des Paktes ist es, die betroffenen Gemeinden von Zinszahlungen zu entlasten, um jetzt notwendige Investitionen zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, hoch verschuldete Städte von Ausgaben für den Solidarfonds zu entlasten, damit dort die Haushalte konsolidiert werden können. Wir werden uns gegenüber dem Bund für eine Neuordnung des Systems der Berechnung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft gemäß SGB II stark machen. Das bisherige Berechnungsverfahren führt zu einer klaren Benachteiligung der Kommunen und muss dringend zu ihren Gunsten überarbeitet werden. Für die SPD gilt: Bildung muss uns mehr wert sein. Unser Ziel ist, zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildungs- und Forschungsausgaben zu investieren. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, dass sie ihrer Rolle als Schulträger gerecht werden können.

Die Gesamtschulen leiden unter einem gravierenden Lehrermangel. Stellen können nicht besetzt werden, weil es zu wenige Bewerber/innen gibt. Was gedenken Sie gegen die zunehmende Unterversorgung mit Lehrer/innen zu tun?

SPD

Leider hat die schwarz-gelbe Landesregierung den durchaus erfolgreichen Mangelfächerlass in einer Nacht- und Nebelaktion gestrichen. Um dem Fachlehrermangel zu begegnen und um die Attraktivität des Berufs „Lehrer/in“ zu steigern, brauchen wir Rahmenbedingungen, die dafür Sorge tragen, dass NRW für Lehrerinnen und Lehrer mit Mangelfächern und Menschen aus anderen Berufen, die sich für das Lehramt interessieren, attraktiv wird. Unter anderem ist es notwendig, die Verbeamtungsgrenze auf 45 Jahre anzuheben. Die Regelungen für Seiteneinsteiger sind dem Bedarf entsprechend ohne Qualitätsverlust anzupassen. Zudem sind zusätzliche finanzielle Anreize nötig, um mehr junge Menschen für den Lehrerberuf zu interessieren. Wir benötigen eine sichere Prognose darüber, wie sich der Lehrerberuf quantitativ und qualitativ in den nächsten Jahren entwickelt. Seit 2006 gibt es vom Schulministerium hierzu keine neuen Zahlen mehr. Wir müssen ausreichende Studienkapazitäten vorhalten und gute Studienbedingungen bieten. NRW muss mit Hochdruck an der Umsetzung der KMK-Leitlinie zur Deckung des Lehrkräftebedarfs arbeiten. NRW muss im Rahmen der schulischen Berufswahl- und Studienorientierung zielgenauer für den Lehrerberuf werben.